



Bundesministerium
der Verteidigung



-1980025-V712-

Bundesministerium der Verteidigung, 11055 Berlin

Mitglied des Deutschen Bundestages
Frau Canan Bayram
Platz der Republik 1
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT
POSTANSCHRIFT

TEL
FAX
E-MAIL

Thomas Silberhorn

Parlamentarischer Staatssekretär
Mitglied des Deutschen Bundestages

Stauffenbergstraße 18, 10785 Berlin
11055 Berlin

+49 (0)30 2004-22350

+49 (0)30 2004-22380

BueroSilberhorn@BMVg.Bund.de

BAYREFF **Schriftliche Frage 6/332 der Abgeordneten Canan Bayram vom 18. Juni 2020, eingegangen beim Bundeskanzleramt am 22. Juni 2020**
ANLAGE Antwort der Bundesregierung auf die oben genannte Schriftliche Frage
DATUM Berlin, 6. Juli 2020

Sehr geehrte Frau Kollegin,

beigefügt übersende ich Ihnen die Antwort auf Ihre o. a. Schriftliche Frage.

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Silberhorn

ParlSts bei der Bundesministerin
der Verteidigung Silberhorn
1980025-V712 vom 6. Juli 2020

„Teilt die Bundesregierung insgesamt die analytische Erkenntnis der Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (laut Spiegel-Online: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/der-ernstfall-rechtsextreme-umtriebe-im-ksk-ein-kommentar-a-8c021afb-b13b-4f9e-b1de-8b641c80b338> <<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/der-ernstfall-rechtsextreme-umtriebe-im-ksk-ein-kommentar-a-8c021afb-b13b-4f9e-b1de-8b641c80b338>>), bei neonazistischen beziehungsweise rassistischen Auffälligkeiten deutscher Soldaten und Polizisten handele es sich keineswegs um bloße Einzelfälle und teilt die Bundesregierung die diesbezügliche Analyse der Wehrbeauftragten Eva Högl jenseits des KSK auch für sonstige Bundeswehrsoldaten sowie Bundespolizisten („Es gibt eine Häufung von Einzelfällen, so dass man nicht mehr nur sagen kann, das sind nur Einzelfälle, sondern wir müssen auch sorgfältig untersuchen, ob es da rechtsextreme Strukturen oder Netzwerke gibt“), siehe dazu: in DLF 15.6.2020 (https://www.deutschlandfunk.de/rechtsextreme-in-ellteeinheit-ksk-wehrbeauftragte-viele,694.de.html?dram:article_id=478623) beziehungsweise warum gegebenenfalls nicht?“

Extremismus hat im öffentlichem Dienst des Bundes keinen Platz. Insbesondere der Bundeswehr und den Polizeien des Bundes kommen eine große gesamtgesellschaftliche Verantwortung und eine Vorbildfunktion zu. Eine Duldung extremistischer oder rassistischer Verhaltensweisen wäre damit unter keinem denkbaren Gesichtspunkt zu vereinbaren. Diesem Selbstverständnis folgend, wird jeder Verdachtsfall erfasst, konsequent aufgeklärt, im Falle einer Bestätigung entschieden geahndet und mit Sorgfalt und unter Einbeziehung präventiver Gesichtspunkte nachbereitet.

Dementsprechend gehen die zuständigen Bundesbehörden jedem Verdachtsfall konsequent nach.